

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eseritz bei Ph. Mathias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Haub & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 287.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Montag, 26. April.

Extrakte 20 Pf. die sechsgefaltene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 24. April. Der Kaiser hat im Namen des Reichs die bisherigen Regierungssassessoren Hermann in Colmar, Graf von Geldern in Meß, Dr. Hoffmann in Stralsburg i. E. und Veder in Meß zu kaiserlichen Regierungsräthen in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen zu ernennen geruht.

Der Regierungsrath Freiherr Du Prel, der Regierungssassessor Dr. Bickel und der Landes-Thierarzt Büchel sind zu ständigen Hülfsarbeitern im Ministerium für Elsaß-Lothringen ernannt worden.

Der König hat geruht: den Gutsbesitzer Gottlob v. Nathusius auf Orlowo zum Landrath zu ernennen. Demselben ist das Landrathsamt im Kreise Obornik übertragen worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Pieker am Gymnasium zu Nordhausen ist zum Oberlehrer ernannt worden. An der Kunst-Akademie in Kassel ist der Maler Knackfuß als Lehrer ange stellt worden.

Der Amtsrichter Schubert in Tost ist, unter Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Groß-Strehlitz, zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Groß-Strehlitz ernannt worden. Zu Notaren sind ernannt worden: 1) in den Hohenzollernschen Landen: die Rechtsanwälte Barlow und Noddy in Pechingen, unter Anweisung ihres Wohnsitzes in Pechingen; 2) im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Frankfurt a. M., mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande: die Rechtsanwälte Justizrath Gyls, Nemnich, Keller und v. Köhler in Limburg, unter Anweisung ihres Wohnsitzes in Limburg, der Rechtsanwalt Belde in Diez, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Diez, der Rechtsanwalt Staehler in Weilburg, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Weilburg, die Rechtsanwälte Justizrath Dr. Großmann, Dr. Stamm, Schend, Dr. Herz, Dr. Brück, Dr. Siebert, Franz Ebel, Schick und Dr. Koch in Wiesbaden, unter Anweisung ihres Wohnsitzes in Wiesbaden, der Rechtsanwalt Götz in Eltville, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Eltville, der Rechtsanwalt Ernst Ebel in Nüdesheim, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Nüdesheim, der Rechtsanwalt Bauer in Höchst, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Höchst.

Verstet sind: der Amtsrichter-Nath Sattig in Glogau als Landgerichts-Nath an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter-Nath Kleinow in Angermünde an das Amtsgericht in Glogau, der Amtsrichter-Nath Pauskötner in Rawitsch als Landgerichts-Nath an das Landgericht in Posen, der Landgerichts-Nath Herden in Oppeln als Amtsrichter-Nath an das Amtsgericht in Groß-Strehlitz, der Amtsrichter-Nath Wippermann in Tiedburg als Landgerichts-Nath an das Landgericht in Münster, der Amtsrichter-Nath Klein in Braunsfels als Landgerichts-Nath an das Landgericht in Lüneburg, der Amtsrichter-Nath Belthausen in Sonnenburg an das Amtsgericht in Mühlhausen i. Th. und der Amtsrichter von Bilschowsky in Lichtenau (Reg.-Bez. Kassel) als Landrichter an das Landgericht in Paderborn. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Regierungssassessor A. D. Hedemann bei dem Landgericht I. in Berlin und der Gerichts-Assessor Reusch bei dem Amtsgericht in Neustadt-Magdeburg. In der Liste der Rechtsanwälte sind gefolgt: der Rechtsanwalt, Justiz-Nath von Schend bei dem Landgericht in Arnberg und der Rechtsanwalt Kallenbach in Strassburg bei dem Landgericht in Thorn. Dem Notar, Rechtsanwalt Kreller in Worbis ist vom 1. Juli d. J. ab der Wohnsitz in Nordhausen angewiesen. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist erteilt: dem Eriten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Cleve Ninge mit Pension, dem Landgerichts-Nath Sudet in Altona behufs Uebertritts in den Dienst der freien Stadt Hamburg, dem Amtsrichter-Nath Lambrecht in Burg mit Pension, dem Notar, Justiz-Nath von Hagen in Stendal und dem Notar, Justiz-Nath Kittel in Wögnowitz. Der Ober-Landesgerichts-Nath Moschner in Posen, der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht in Nordhausen Dr. Tuchen und der Rechtsanwalt, Justiz-Nath Haase in Tönning sind gestorben.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung.

Berlin, 24. April, 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Scholz.

In dritter Berathung wird die Zusammenstellung der Liquidationen über die aus der Kriegskostenentfaltung zu ersiehenden Beträge genehmigt und sodann in die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Art. 4 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 eingetreten. An Stelle des ersten Satzes des Art. 4 soll folgende Bestimmung treten: „Der Gesamtbetrag der Reichsilbermünzen soll bis auf Weiteres 300 Millionen (bisher 300 Millionen) Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen.“

Unterstaatssekretär Scholz: Die von mir bei der Etatsberathung in Aussicht gestellte Eventualität, daß noch im Laufe der Session ein Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des Maximums der ausgeprägten Silbermünzen auf 12 M. vorgelegt würde, ist eingetreten, nachdem die verbündeten Regierungen das Bedürfnis einer solchen Veränderung anerkannt haben. Der Gesetzentwurf steht vollständig auf dem Boden des jetzt geltenden Münzgesetzes, sucht lediglich einem faktisch bemerkbar gewordenen Bedürfnis abzuhelfen, vermeidet jeden Eingriff in diese Gesetzgebung und giebt daher zu prinzipiellen Erörterungen keinen Anlaß. Es ist keineswegs die Absicht der verbündeten Regierungen, sofort von der Ermächtigung Gebrauch zu machen, sondern erst allmählich nach Maßgabe des Bedürfnisses. Wir werden vielleicht mit einer verhältnismäßig geringen Ausprägung in diesem Jahre dem Bedürfnis genügen können. Das Ausprägungsmaterial ist in Höhe von 300,000 Pfund aus den früheren Einziehungen von Thalern vorhanden. Das bereits vorhandene Silber soll zuerst verwendet werden, dann soll aber nicht etwa Silber gekauft, sondern dasselbe durch Einziehung von Thalern beschafft werden.

Hg. Dr. Bamberger: Der Vertreter der verbündeten Regierungen hat mir durch seine letzte entgegenkommende Erklärung, daß die Regierung nicht denke, neues Silber zur Ausprägung anzuschaffen, sondern nur die vorhandenen Bestände zu verwerthen, die Behandlung der Sache wesentlich vereinfacht. Der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, ist eigentlich sehr bescheidener Natur. Es handelt sich darum: wie viel unterwerthiges Geld fann zugeführt werden zu einem guten Gericht Münzumsatz, damit es für den Mangel der Nation noch verdaulich bleibt und nicht irgendwie schädlich wird. Im Reime geboren ist das Gesetz, das uns heute beschäftigt, bereits im Jahre 1876, als dem Bundesrath eine Vorlage zugeht, das Maximum der Silber-

scheidemünze des Reichs von 10 auf 15 Mark pro Kopf zu erhöhen. Sie wurde aber in den Kreisen, die sich mit dem Gegenstande beschäftigten, so allseitig verurtheilt, daß sie im Schooße des Bundesraths nach reiflicher Erwägung der verbündeten Regierungen, wie ich annehme, wieder beseitigt wurde. Man kommt heute dieses in einem engeren Maßstabe sich bewegende Gesetz, welches die Erhöhung nicht um 5, sondern um 2 Mark pro Kopf vorschlägt. Wären wir in normalen Verhältnissen eines vollkommen abgeschlossenen Münzsystems, läge gar kein Verdacht darüber vor, daß etwa unrichtige Motive bei der Emanation dieses Vorschlags mit eingeflossen sein könnten, so würde die Frage, um die es sich hier handelt, sehr einfach zu stellen sein. Man würde nur zu untersuchen haben, ob sich in der That ein faktisches Bedürfnis nach vermehrtem Silbergelde herausgestellt hat oder nicht, ob 10 oder 12 Mark pro Kopf nöthig sind, darüber giebt es gar keine abschließende Lehre, das kann nur an der Hand der Thatfachen untersucht werden. Hätte ich gar keinen Verdacht, daß der am Schluß der Motive ausgesprochene Gedanke, es sei doch zugleich sehr willkommen, hier eine Verwendung für das müßig liegende Silber und eine Erleichterung für den ausstehenden Kredit zu finden, wenn auch nur theilweise, auf die Entstehung der Vorlage mit eingewirkt habe, bei allem Vertrauen zu der Auffassung der Herren werden Sie so würde ich von vornherein mit vielem Vertrauen der Ansicht der Regierung entgegengekommen sein, ohne darauf zu dringen, daß sie den Beweis der Nothwendigkeit ihrer Maßregel beibringen muß. Aber mir nicht verübeln, wenn ich befenne, daß mir der Gedanke nahe liegt, der Wunsch sei der Vater des Gesetzes und die Lust, sich einigermassen zu erleichtern, sei bei der Idee, nun eine neue Verwendung für das Silber zu finden, mit werththätig gemischt.

Für mich besteht nun dieser Grund nicht, im Gegentheil, ich perhorrescire ihn; denn nach alter, feststehender und von Praktikern und Theoretikern allseitig anerkannter Erfahrung ist nichts schlimmer und verderblicher, als wenn bei der Schaffung von Münzen eine Abicht auf Gewinn, auf Zukunftsmitunterläuft. Daher muß ich ein wenig argwöhnisch und strenger, als ich es sonst unter anderen Umständen gethan hätte, nach der thatächlichen Beweisführung forschen, aus welcher deduzirt werden soll, daß wir einen größeren Bedarf von kleineren Münzen nöthig haben. Den Schrei wegen Mangels an Scheidemünze, wenn er allgemein erhoben worden, müßte jeder gehört haben, bevor er noch bis zur Regierung dringt. Ich habe nichts dergleichen vernommen, obwohl ich so ziemlich erfahre, was in diesen Verhältnissen vorgeht, ja von Seiten der Handelskammern u. a. den Vordrängern der Körperkassen nur eine einzige offizielle Kundgebung, in dem Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer über das Jahr 1878, und diese lautet gerade in dem entgegengegesetzten Sinne: „Die weitest ausgedehnte Majorität der Kammer ist der Ansicht, daß man eine Vermehrung des Silbers unter keinen Umständen anstreben soll, weil hierdurch die reine Goldwährung gefährdet würde und die Erfahrung weniger Jahre nicht hinreichen könnte, den Auspruch zu thun, daß eine Erhöhung des Ausprägungsmasses angezeigt sei.“ Die Motive bringen uns nur einige Rechnungen, welche auch nicht viel beweisen. Es ist darin gesagt, daß in Norddeutschland der Betrag der ausgeprägten Silbermünzen weniger als 6 Mark pro Kopf, in Süddeutschland dagegen, wo man an Silbermünze, namentlich an kleine, mehr gewohnt ist, mehr betrage und man hat aus diesem Verhältnisse deduzirt, daß man mehr Scheidemünze machen müsse. Diese imaginäre Grenzlinie zwischen Nord- und Süddeutschland scheint mir nicht sehr beweiskräftig. Es ist keine Barriere, hinter welcher ungeheure Scheidemünzen stehen, denn sie bewegt sich hin und her, und wenn ein Mangel laut geworden wäre an einer oder der anderen Stelle, würde sich das Niveau ausgeglichen haben. Wenn ferner angeführt wird, daß über zu viele Scheidemünze keine Klage erhoben worden sei, so ist dies ein sehr unvollkommener Beweis. Als 1873 das Münzgesetz gemacht worden, hat der damalige Regierungsvorsteher, der jetzige Präsident des Reichsinvalidenfonds Dr. Michaelis, der ein außerordentlich scharfer Denker und Kenner in diesen Dingen ist, den vortrefflichen Auspruch gethan, ein richtiges Maß von Scheidemünzen in einem Lande müßte so beschaffen sein, daß immer eher etwas weniger vorhanden und Bedürfnis danach sei, und das werden Sie auch in zivilisirten Ländern meistens finden. Das ist kein Beweis für einen Mangel an Scheidemünzen, wenn Leute, die nicht genug mit sich tragen, im gegebenen Augenblick zu wenig Scheidemünze haben. Ich darf vielleicht erwarten, daß uns die Herren Regierungsvorsteher, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, zwischen der ersten und zweiten Lesung ein Gutachten von Seiten des Reichsbankdirektoriums beschaffen. Es wäre überhaupt wünschenswerth, daß gerade dieses Departement, so wie es in England geschieht, speziell von der Reichsbank gepflegt und überwacht werde. Wir haben doch im ersten Paragraphen des Reichsbankgesetzes diesem Institute die Ueberwachung und Leitung der Umlaufverhältnisse im deutschen Reich ausdrücklich anvertraut und dazu gehört auch dieser sehr wichtige Theil der Scheidemünzen. In Frankreich ist bekanntlich durch die 1865 gegründete lateinische Münzkonvention ein Normalmaß für die umlaufenden Scheidemünzen im Betrage von 6 Fres. pro Kopf der fünf dabei beteiligten Länder festgesetzt worden, was so viel ist als 4.8 Mark. Wir haben 10 Mark. Nun können wir freilich unsere kleine Münze nicht mit der von Frankreich vergleichen, weil ja in Frankreich wegen der Doppelwährung fünf ansitzende in ungemessenem Betrage als Theilungsmünze ausgeprägt werden können, während wir unter 10 Mark keine Theilungsmünze mehr haben. Allein wir haben ja noch zwischen 400 und 500 Millionen Thaler, die gerade so und sogar noch besser als Scheidemünze funktionieren, wie die fünfmarkstücker. Außerdem haben wir die fünfmarkstücker in Gold, welche auch den Dienst einer theilenden Münze verrichten und wir besitzen von dieser Münze 27 Millionen Mark. Ich finde diese Münze nicht genug im Verkehr; wir würden von dieser vollwerthigen Scheidemünze einen größeren Betrag sehr gut verdauen können. Wenn sich ein Bedürfnis zeigt, könnten wir es wohl versuchen, ob nicht mit den goldenen fünfmarkstücken geholfen werden kann. Es wäre das solidere, als wenn wir es mit diesen minderwerthigen Silbermünzen versuchten. Dazu kommt, daß wir 160 Millionen Reichsscheine haben, von denen früher 50, nach neueren Vor schlägen 40 Millionen in fünfmarkstücken ausgegeben sind. Endlich ist nicht zu vergessen, daß während wir schon jetzt 10 Mark pro Kopf Silbermünzen haben, ein Betrag, der unter Zurechnung des Goldes und der Reichsscheine auf 11½ M. pro Kopf sich erhöht, in Frankreich zur Zeit, als der lateinische Münzbund geschlossen wurde und die Geldzirkulation im Wesentlichen Gold war, nur 4.80 Mark für nöthig gehalten wurde, also der Schluß nicht dahin deutet, daß bei uns das Bedürfnis nach einem größeren Verhältnisse von Silber-

scheidemünzen vorhanden ist. In den Motiven ist in Bezug auf England eine Stelle aus dem Bericht der Silberkommission von 1876 erwähnt, in dem der Betrag des in England ausgeprägten Silbers auf 19 Millionen Pfund Sterling angegeben wird, was mehr als 10 Schilling, also mehr als 10 Mark pro Kopf macht. Allein jene 19 Millionen Pfund Sterling bilden nur die Differenz zwischen den seit langer Zeit gemachten Ausprägungen und der Wiedereinziehung von schadhafter Silbermünze. Es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich und durchaus nicht anzunehmen, daß noch jetzt in Großbritannien 19 Millionen Scheidemünzen im Umlauf sind. Nach den höchst gehenden Schätzungen sind in England 15 Millionen Pfund an Silbermünzen im Umlauf, was noch nicht 10 Mark pro Kopf macht. Und dabei sind Klagen laut geworden, daß dieser Betrag zu groß wäre. In der englischen Bank — das möchte ich auch bei uns eingerichtet wissen — besteht ein besonderes Departement für die Silbermünzen. Jeder, der über zu viel oder zu wenig flagt, wendet sich durch seine Provinzialbank oder direkt an dieses Departement und erhält aus den vorhandenen Vorräthen, was er braucht, oder es wird ihm abgenommen, was er zu viel hat. Eine ähnliche Einrichtung haben wir allerdings durch die Berechtigung der Einziehung der Scheidemünzen gegen Gold, aber für das Ausgeben haben wir eine so gute Einrichtung nicht. Die anderen Länder haben eher ein geringeres, als ein größeres Verhältniß zwischen Scheidemünze und Normalcourant als Deutschland. Amerika, Holland und die skandinavischen Staaten haben bis jetzt pro Kopf weniger Scheidemünzen als wir. Das Vorhandensein eines Bedürfnisses kann ich deshalb nicht konstatiren. Obgleich ich mich gar nicht für diese Vorlage erwärme, werde ich ihr doch keine Opposition machen.

Allein wir stehen seit einem Jahre vor dem Entschlus der Regierung, in der Ausführung des Münzgesetzes weder vor noch rückwärts zu gehen und kein Silber, zunächst keinen Thaler weiter einzuschießen, ja sogar auch kein Barrensilber zu verkaufen. Ist nun unter diesen Umständen der Werth darauf zu legen, daß die vorhandenen Thaler in zweimarkstücker umgeprägt werden oder nicht? So lange wir unser Münzgesetz nicht abgeschlossen haben, ist es mir einerlei, ob Drei- oder zweimarkstücker zu viel im Umlauf sind. Ein solcher Fanatismus des Dezimalsystems bin ich nicht, daß ich nicht ein Paar Jahre die Dreimarkstücker im Umlauf sehen könnte, wenn auch der Abg. Mosle gestern von meinem Doktrinarismus sprach, auf den ich aber nach und nach bei der sich breit machenden Unlust etwas zu lernen stolz sein werde. Für mich ist hier ein tieferer Grund maßgebend, nämlich die Sicherheit unserer Münzverhältnisse, welche wesentlich konzentriert ist in dem Deckungswert der Reichsbank, die nöthigenfalls bereit sein muß, irgend ein Werthgegenstand gegen ein vollwerthiges umzutauschen. Ich bin aber über die Zusammenfassung unserer Reichsbankreserve nicht vollständig beruhigt. Der Artikel 9 des Münzgesetzes verpflichtet nämlich die Bank, die Reichsilbermünzen in Gold umzutauschen, wenn es nöthig wird. Im Augenblick zirkuliren auch noch 160 Millionen Mark an Reichsscheine. Das Silber wird allerdings nur bei übermäßiger Zirkulation einen gewissen Druck auf die Verpflichtung der Reichsbank ausüben. Nun haben wir ja bis jetzt noch niemals einen offiziellen Aufschluß darüber erhalten, wie sich das Verhältniß des Barresilbers in der Reichsbank zwischen Silber und Gold theilt. Ich möchte aber die Bundesregierung eruchen, dieses klarzulegen, da hier die Sicherheit auf Klarheit beruht. Die englische Bank hat nur Gold in ihrer Reserve, obgleich sie berechtigt ist, ein Fünftel in Silber zu haben, und die französische Bank verbündet bei jedem Wochenausweis ihren Bestand an Gold und Silber. Wüssten wir heute schon, wie die Dinge stehen, so könnten wir hier mit ganz anderen Elementen rechnen. In der Umprägung der Dreimarkstücker in zweimarkstücker sehe ich nun einfach den Vortheil, daß damit wieder ein Theil des Silbers im Umlauf kommt, und die Goldmenge in der Bank wächst, dadurch aber ihre Elastizität zunimmt, ja die Möglichkeit ausgedehnt wird, bei schwierigen Zeiten den Zinsfuß nicht zu rasch hinaufzusetzen, was als ein gesundes Verhältniß erscheint. Mit den Ausführungen des Bundeskommissars Schrautt, welche bei der vorigen Münzdebatte soviel Licht auf die Sache geworfen haben, bin ich nur in einem Punkte nicht einverstanden. Er meinte nämlich, der große Vorrath von Thalern, den die Zirkulation nicht verträgt, sei wenig bedenklich, weil er im Schatz der Bank liege. Dem gegenüber liegt das Ungeheuer des gegenwärtigen Verhältnisses eben darin, daß der lebendige Verkehr den Thaler nicht verträgt, sondern zurückstößt, so daß man sich entschlossen hat, die Thaler nicht wieder auszugeben, und daß also, wenn wir nur 6 oder 700 Millionen Mark Barrovorrath in der Bank lesen, ein gewisser Theil darin liegt, der die aktiven internationalen Zahlungswerte der Bank ebensoviele vermindern könnte. Wenn es uns gelingt, von diesem Silber einen Theil in lebendigen Umlauf zu setzen, so daß das Publikum sich auch mit ihm vertraut macht, dann wären unsere Verhältnisse viel besser. Es wäre gewissermaßen ein nicht ausfichtloser Versuch, die bis jetzt mißlungene Ausgabe von Thalern für die Zirkulation in einer neuen Form zu unternehmen. Nur das eine muß ich einschalten: es soll durch das, was wir hier beschließen, der Umlauf von Silber überhaupt, sei es innerhalb oder außerhalb der Bank, nicht vermehrt werden und ich werde deshalb bei der zweiten Lesung den Antrag stellen, daß außer den bereits vorhandenen Barren im Betrage von 300,000 Pfund kein neues Silber zur Ausprägung von Scheidemünzen benutzt wird. Ich würde dies für eine Schädigung des Sicherheitsbestandes unseres Umlaufmittels ansehen müssen und mit der Annahme meines Antrages siele auch das etwas argwöhnisch anziehende Motiv, daß die Regierung die Vorlage beantragt habe, um eine Art Ulfurum zu machen. Der Regierungskommissar hat zwar eine beruhigende Zusicherung im Sinne meines Antrages gegeben, aber es steht nicht im Gesetz. Meiner Ansicht nach sollte allerdings auch das Barrensilber nicht ausgeprägt werden. Als Grund für diese Ausprägung giebt der Regierungsvorsteher an, daß die Barren nicht zinslos liegen bleiben sollen. Das erkenne ich an, aber man kann im Leben nicht immer das Ange nehme thun, wenn man das Vorsichtige thun will und ich halte es entschieden für eine Verschlechterung unseres Umlaufs, wenn wir bereits ausgegebenes Silber wieder in denselben hineinziehen. Es kommt gar nicht darauf an, wie eine Scheidemünze zusammengelegt ist, vorausgesetzt, daß sie nicht über das nöthige Maß hinausgeht. Aus diesem Grunde haben wir, wie die meisten anderen Staaten, unsere Scheidemünze unterwerthig ausgeprägt. Ich kann mir denken, daß eine Scheidemünze bloß aus Knöpfen bestände, und doch ein Agio hätte, wenn sie nicht in genügender Menge vorhanden wäre. Die Gefahr liegt nur darin, daß diese unterwerthige Scheidemünze das richtige Maß überschreitet, in welchem sie zu der Courantmünze, die den Hauptumsatz bildet, stehen soll. In dieser Beziehung fürchte ich, geben sich

unsere Reichsbehörden einer gewissen Sorglosigkeit hin. Man fürchtet entfernte Gefahren nicht. So fährt z. B. der Bankpräsident trotz unserer Warnung fort, Wechsel unter seinem offiziellen Zinssatz zu kaufen und dadurch den Baarschatz stärker in Anspruch zu nehmen, weil er der Versuchung nicht widerstehen kann, noch einiges Geld mehr auf Zinsen anzulegen. Vorsichtsmassregeln braucht man allerdings für seltene Fälle, aber weil sie für diese seltenen Fälle zum Leben unentbehrlich sind, so muß man der Versuchung widerstehen, sie einen Augenblick außer Acht zu lassen. Trotz der dadurch gebrachten Opfer haben wir uns doch entschlossen, 120 Millionen zinslos im Juliusthurm niederzulegen; so sollten wir auch zur Sicherheit unseres Bankwesens von kleinen Vortheilen absehen. Noch viel dringender gilt diese Mahnung in Bezug auf unser Münzwesen, denn bei einem Uebermaß unterwerthiger Scheidemünzen sind es gerade die niederen Volksklassen, die am meisten leiden. Ein Tropfen kann den Eimer zum Ueberlaufen bringen, und deshalb sollte man nicht, um einem kleinen Zinsverluste oder einem Verluste beim Verlaufe der 300.000 Pfd. Silber zu entgehen, die Umlaufsverhältnisse zwischen Gold und Silber alteriren. Ich werde deshalb ein Amendement in diesem Sinne einbringen und hoffe, daß mich durch die Annahme desselben mein zustimmendes Votum zu der Vorlage erleichtert werde.

Abg. v. Kardorff: Das Gesetz ist nicht so harmlos, wie es von der Regierung dargestellt ist; es ist der erste Theil eines von der Goldwährungspartei ausgehenden Programms. Nachdem die Regierung im vorigen Jahre die Silberverkäufe sistirt und mit der Durchführung der Goldwährung Halt gemacht hat, versucht man es nun auf einem anderen Wege, die Goldwährung weiterzuführen. Man will mit Hilfe der Erhöhung der Scheidemünzen von 10 auf 12 Mark pro Kopf einen Gewinn erzielen und denselben zur Deduktion des Verlustes bei den Silberverkäufen verwenden. Herr Bamberger geht immer von dem Irrthum aus, als ob wir die Goldwährung schon haben. Das ist nicht der Fall und Herr Bamberger hat in seiner Schrift „Reichsgeld“ selbst zugegeben, daß wir wohl eine Reichs- aber keine Goldwährung haben. Es handelt sich also gar nicht darum, die Goldwährung abzuschaffen und etwas Neues zu machen, sondern darum, ob man auf dem betretenen Wege weiter gehen soll. Die Motive theilen gar nicht mit, woraus man das Bedürfnis entnommen hat; Soetbeer beziffert den Betrag an Scheidemünzen für eine Familie von fünf Personen im Durchschnitt auf 12 Mark, das würde einen weit geringeren Betrag als 10 Mark pro Kopf ergeben. Nach dem Münzgesetz hat die Regierung das Recht, Scheidemünzen in Höhe von 10 Mark pro Kopf auszugeben. Warum bindet man sich aber an die Volkszählung von 1875? Seitdem ist die Bevölkerung um etwa 600.000 Köpfe gestiegen, die Ausprägung konnte also um 6.000.000 Mark Scheidemünzen verstärkt werden. Warum kommt die Regierung erst zu uns? Jedenfalls, weil sie allein die Verantwortung nicht auf sich nehmen wollte. Wir müssen mit den anderen Nationen dahin streben, daß die Doppelwährung überall zur Einführung gelange. Lord Beaconsfield war innerlich ein Anhänger der Doppelwährung und wenn er noch an der Spitze der englischen Politik stände, so hätten wir weit mehr Chance, daß England sich der Doppelwährung anschließt. Jedenfalls wünsche ich, daß wir mit Frankreich und Nordamerika zu einer Einigung darüber gelangen.

Abg. Graf Udo v. Stolberg: Meine persönliche Ueberzeugung geht dahin, daß der Versuch, zur reinen Goldwährung überzugehen, ein Fehler war. Es ist aber eine andere Frage, was soll jetzt, wo wir in der Durchführung der Goldwährung mitten drin stehen, geschehen; sollen wir sie fortzuführen oder umkehren und zur Doppelwährung übergehen. Ich gebe zu, daß eine Verneuerung der Silbermünzen für die Inflationen u. s. w. wünschenswerth erscheint. Das Gesetz ist von großer Bedeutung und verdient eingehende Erwägung, deshalb bitte ich Sie, es an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Dr. Delbrück: Es handelt sich nur um die Frage, ob dem bestehenden geschlossenen System entsprechend ein Bedürfnis vorliegt, die Silbermünzen zu vermehren und wie diesem Bedürfnis zu entsprechen ist. Ich erkenne die Gefahr der Vermehrung der Scheidemünzen über das Bedürfnis hinaus vollkommen; wir haben aber, weil in Bezug auf die Höhe des Bedarfs Erfahrungen nicht vorliegen, dem Paragraphe die Fassung gegeben, daß das Maximum der Ausprägung von Silbermünzen nur „bis auf Weiteres“ festgesetzt wurde. Die Ausführungen der Motive bezüglich der Bedürfnisfrage befriedigen mich nicht. Auf die Berechnung der Verteilung der Scheidemünzen zwischen Norddeutschland und Süddeutschland kann ich ein entscheidendes Gewicht nicht legen, weil in Norddeutschland in noch viel höherem Maße Thaler zirkuliren, die doch auch nur die Funktion der Scheidemünzen erfüllen. Auch die Verfassung auf die Geldzirkulation in andern Ländern ist für uns nur bedingt maßgebend, weil das Bedürfnis an Scheidemünzen nicht gleichmäßig bei allen Nationen der Erde ist, sondern von den aktuellen Verkehrsverhältnissen, der Dichtigkeit der Bevölkerung und von zahllosen Momenten, die sich hier nicht erwägen lassen, abhängt. In den Motiven ist nicht mitgeteilt, ob bei den Provinzialkassen in Norddeutschland der Bestand an Thalern und Reichsilbermünzen fortwährend gering ist, ob von den Unterkassen an diese das Gerüchen gerichtet wird, sie mit Silbermünzen zu versorgen und ob die Bankstellen namentlich in den Industriezentren das Bedürfnis nach Silbermünzen empfinden. Dieses Moment würde für mich viel wichtiger sein, als jede andere Motivierung, die man mit Zahlen aufstellt. Ich bin weit entfernt davon, der gewiß gründlich erwogenen, nicht von finanziellen Erwägungen veranlaßten Vorlage bloß deshalb entgegenzutreten, weil mir das Bedürfnis nicht in der gewünschten Weise nachgewiesen ist, aber ich entnehme aus der Unklarheit, die in dieser Frage waltet, ein entscheidendes Motiv dafür, daß man nicht durch Ausprägung von Barren, also durch eine faktische Vermehrung des umlaufenden Geldes, die Vermehrung der Scheidemünzen herbeiführt; denn die Barren sind aus dem Verkehr heraus. Veranlaßt man die Thaler in mäßigem Umfange in Scheidemünzen so ist das für mich keine erhebliche Frage.

Unterstaatssekretär Scholz: Der Erklärung des Herrn v. Kardorff, daß dieser Gesetzentwurf, der als ein harmloser geschildert sei, in der That nichts anderes sei als der erste Theil eines Programms von Soetbeer, muß ich, so weit sie nicht bloß dem Abg. Bamberger, sondern auch den verbündeten Regierungen gegenüber aufgestellt ist, ein unbedingtes Nein entgegensetzen. Die Regierung beabsichtigt nichts mehr und nichts weniger als was ich die Ehre gehabt habe auszuführen. Ueber die Bedürfnisfrage haben die Abgg. Bamberger und Delbrück übereinstimmend ihre Bedenken äußert. Es ist in den Motiven allerdings etwas sehr kurz gesagt: „um die Ueberfüllung von Norddeutschland zu ergänzen, ist im Jahre 1879 die Ueberführung von größeren Reichsilbermünzen von Süd- nach Norddeutschland versucht worden.“ Dieser Satz hat zur tatsächlichen Unterlage nicht ein Streben, die bemerkbar genordene Verchiedenheit der Distribution zwischen Nord- und Süddeutschland einer Theorie oder der allgemeinen distributiven Gerechtigkeit zu Liebe auszugleichen, sondern dieser Versuch hat in der That in den Klagen seinen Grund. Den Klagen über Mangel an Silbermünze in Deutschland entlich sich die Reichsregierung abzuhelfen. Die Regierung hatte insbesondere auch portofreie Beförderung dieser Silberbestände aus süddeutschen Bankkassen nach Norddeutschland verfügt. Mit diesen Maßregeln war es ihr gelungen, z. B. für Preußen etwa 4 Millionen Mark mehr zu beschaffen, als für Sachsen, wo besonders die Klagen erhoben wurden und auch heute noch erhoben werden, wie bei der Berathung im Bundesrath ausdrücklich von dieser Regierung konstatirt worden ist; und war ihr deshalb gelungen, auch für Sachsen eine Summe von 1.300.000 Mark mehr zuzuführen, als es vorher bekommen hatte. Damit schien aber auch dieses Mittel nunmehr erschöpft; es ließ sich nicht mehr erwarten, daß Norddeutschland mehr Silbermünze zugeführt werden konnte. Denn in der That kam auch aus Baiern wieder eine Erklärung, daß man dort nicht mehr abgeben könne, im Gegentheil noch mehr Ein-

und Zweimarkstücke zu haben wünsche. Nun glaube ich nicht, daß mit diesen Zahlen der ziffermäßige Beweis für die Nothwendigkeit geführt ist, die Reichsilbermünzen von 10 auf 12 Mark pro Kopf zu erhöhen. Das hat auch die Regierung nicht gesagt; es ist nur ihre Absicht, sich die Vollmacht geben zu lassen, um nach Maßgabe der an sie herantretenden Anforderungen Abhilfe zu schaffen. Die Berechtigung der Regierung auf Grund der höheren Bevölkerungszahl ohne Mitwirkung der Gesetzgebung zu einer größeren Ausgabe solche Scheidemünzen zu schreiben, kann ich nicht anerkennen. Die Thatsache, daß die Bevölkerung sich vermehrt hat, ist ja nicht zweifelhaft, bevor aber eine neue Volkszählung stattgefunden hat, bleibt das Ergebnis der Zählung von 1875 für die Regierung maßgebend. Die Bemerkungen des Abgeordneten Bamberger über die Verwerthung der Silberbarren und die Warnung vor Bestrebungen nach einem kleineren pekuniären Nutzen waren, wie ich glaube, nicht an die richtige Adresse gerichtet. Es handelt sich um keinen kleinen Nutzen, sondern um ca. 30 Millionen Mark, die zinslos daliegen, d. h. Zinsen kosten und es ist doch wirtschaftlich sich zu fragen, wie man ein solches zinsfreies Kapital von der Reichskasse abwirft. Nun ist gesagt worden, man müsse dann in demselben Maße Silberthaler einziehen, damit der Silberverkehr nicht vermehrt werde. Dabei wird übersehen, daß es sich bei diesen 30 Millionen um eine kurz vorher bereits stattgefundene Verminderung durch Thalerziehung handelt.

Abg. v. Lenthe: Ich habe mancherlei Bedenken gegen die Vorlage. Die Ausprägung von zu viel minderwerthigem Silbergeld kann namentlich in Kriegszeiten eine große Gefahr herbeiführen. Die Vorlage steht allerdings ganz auf dem Boden der jetzigen Münzgesetzgebung und die Freunde derselben, die Abgg. Bamberger und Delbrück, begrüßen sie deshalb mit Freuden. Deshalb müssen aber auch diejenigen, welche anderer Meinung sind, um so mehr bedenklich dagegen werden. Es ist endlich angezeigt, daß der Reichstag eine klare Stellung zur Münzfrage nimmt, namentlich zu der Frage, wie wir uns verhalten sollen gegenüber der flossalen Entwerthung des Silbers, welche eine Weltkalamität geworden ist.

Abg. Mosle: Ich stehe auf dem Boden des jetzigen Münzgesetzes und beharre bei der Goldwährung, welchen Standpunkt diese Vorlage auch nicht durchbricht. Ich behaupte aber, daß sie bei einer richtigen Verteilung der Scheidemünze überflüssig wäre. Da aber ein Bedürfnis nach mehr Scheidemünzen vorhanden ist, so stimme ich für die Vorlage, damit Unverständige diesen Mangel nicht der Goldwährung in die Schuhe schieben. Wenn aber die Strömung in allen Staaten nach der Goldwährung geht, so muß ich auch dafür sein, daß wir uns möglichst schnell unseres überflüssigen Silbers entledigen, um unseren Verlust nicht noch zu vergrößern. Nicht die Masse des deutschen Silberverkaufs hat die Silberpreise so gedrückt, sondern die Art und Weise des Verkaufs in kleinen Posten und deshalb war die vorjährige Emission der Silberverkäufe ganz berechtigt. Es ist auch kein Unterschied, ob die 48 Millionen aus Silberbarren oder Silberthalern geprägt werden. Daß die Goldwährung zunächst Verluste verursachen würde, haben wir alle Alle vorausgesehen. Es steht lomonfest, daß England trotz aller Broschüren nicht von der Goldwährung abgehen kann.

Abg. v. Hellendorff-Bedra: Ich glaube, wir müssen in der Münzfrage den status quo innehalten. Meine Stellung zu dieser Vorlage ist abhängig von der Beantwortung der Frage, wie viel Silberthaler wir überhaupt im Verkehr haben.

Abg. v. Kardorff: Ich habe der Regierung nicht suppeditiert, daß sie wesentlich mit dieser Vorlage das Programm Soetbeers auszuführen beginne, sie thut das nur unwissentlich. (Weiterkeit.) Ich bestreite dem Abg. Mosle, daß irgend ein Mensch die Größe der Verluste, die uns die Goldwährung gebracht hat, vorausgesehen hat. Ich werde in der Kommission eine Resolution, welche unsere Stellung zur Münzfrage klar stellt, beantragen.

Bundeskommissar Geh. Rath Schraut: Herr v. Hellendorff fragt, wie viel Thaler zur Zeit noch im Umlauf wären. Es sind im Ganzen 1 Milliarde 280 Millionen Mark an Thalerstücken ausgeprägt. Nun nimmt man an, daß 20 Prozent durch Einschmelzung oder auf andere Art zu Verlust kommen. Auf diese Weise bleibt noch ein Betrag von einer Milliarde und 23 Millionen Mark. Von diesen sind bisher eingezogen worden 613 Millionen. Es würde also der Umlauf noch 410 Millionen Mark in Thalern betragen. Nach anderen Schätzungen ist der Verlust nicht so hoch und man käme dann zu einem Umlauf von 450 Millionen.

Abg. Dr. Bamberger: Der Abg. v. Kardorff hat sich geirrt oder sein Gedächtnis hat ihn verlassen, als er mir vorhielt, ich hätte die französischen und englischen Verhältnisse der Ausprägung von Kleingeld vorgebracht, um daraus zu beweisen, daß die gegenwärtige Maßregel begründet wäre. Ich habe das Gegenteil gesagt. Ich habe die Ausführungen, die man gemacht, zu entkräften gesucht, in dem ich zeigte, daß wir mehr Kleingeld haben als England und Frankreich. Nun wünschen verschiedene Herren, daß die große Frage, ob Gold- oder Doppelwährung, endlich vom deutschen Reichstag in die Hand genommen und von ihm zu der Sache Stellung genommen wird. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, mir kann es nur erwünscht sein. Es ist allerdings eine eigenthümliche Erscheinung, die meines Wissens in keiner anderen Nation vorgekommen ist, daß man diese Frage der Münzgesetzgebung vom Gesichtspunkt anderweitiger Interessen betrachtet hat. Die Herren Agariier bekämpfen unsere Münzgesetzgebung, weil sie glauben, sie schade ihnen in anderer Beziehung. Ich glaube, die Herren täuschen sich über den Effekt unserer Münzgesetzgebung vollständig, und würden nach einer Veränderung derselben die Klagen, die sie beseitigen wollten, genau ebenso noch vorfinden. Ob in Zukunft Gold genug vorhanden sein wird oder nicht, kann kein Mensch wissen. Im Jahre 1849–50 fürchtete man eine Ueberschwemmung mit Gold; alle diese Voraussetzungen haben sich als falsch erwiesen. Auf derartige Konjekturen kann man sich bei einem so wichtigen Gesetz nicht einlassen. Ich will noch hervorheben, daß die Unklarheit, welche die Zukunft uns bietet, nicht ins Gewicht fällt, da ja der Geldwerth bei uns nicht gestiegen ist. Die Preise haben vielmehr eine ganz einseitige Bewegung unabhängig von den Silberpreisen gehabt und der Zinssatz, welcher den sicheren Maßstab bildet, der Preis von Geld, war nie so niedrig, als seit wir die Goldwährung haben. Ich habe nichts gegen eine kommissarische Berathung, aber der dafür angeführte Grund ist nicht stichhaltig. Wenn Sie in der Kommission von der Regierung Aufschlüsse über den Umlauf von Scheidemünzen, Thalern u. s. w. über die Bank, welche im Plenum nicht gegeben werden können, erhalten, so ist das ein richtiges Motiv, nicht aber der Grund, daß man dort die großen Währungsfragen erörtern will. Darüber können Sie wohl eine allgemeine Idee halten, aber für eine Kommission taugen sie nicht. Diese Fragen müssen im Plenum coram publico debattirt werden.

Die Abstimmung über die Frage, ob die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen werden soll, ist zweifelhaft, es muß zur Zählung der Stimmen geschritten werden und diese ergiebt 75 Stimmen für, 68 gegen die Kommission. Es sind demnach nur 143 Mitglieder anwesend, das Haus ist also nicht beschlußfähig. Die Sitzung wird deshalb um 2½ Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr (Gewerbeordnung).

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 25. April. [Die Aktion gegen die Freihäfen. Die Samoa-Vorlage.] „Jetzt weiß man, wozu die Kanzerkrisis da war“, so hört man seit gestern in parlamentarischen Kreisen mit Rücksicht auf den Antrag des Fürsten Bismarck an den Bundesrath, Altona und einen Theil des Freihafengebietes von Hamburg in die Zolllinie einzuschließen, äußern. Der Sinn dieser Bemerkung ist, daß

Fürst Bismarck im Hinblick auf seine Absicht, einen solchen Antrag einzubringen, dem Bundesrath im Voraus habe bedeuten wollen, wie wenig rathlich Opposition gegen seinen Plan sei. Die Konjektur scheint uns einigermaßen gewagt; aber wenn der Kanzler, indem er wegen der bekannten Abstimmung des Bundesraths seine Entlassung verlangte, wohl nicht die Absicht gehabt haben wird, speziell für die Zustimmung zu dem gegenwärtig gestellten Antrage sich eine Majorität im Bundesrath zu sichern, so ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß die „Kanzlerkrisis“ eine derartige Wirkung üben wird. An sich handelt es sich um eine von den Fragen, in welchen die mittleren und kleinen Bundesregierungen bisher noch am meisten Selbstständigkeit zu beweisen pflegten; denn die Freihafenstellung des gesamten hamburger Gebietes ist eines von jenen Separatrechten einzelner Bundesregierungen, für deren Unantastbarkeit die letzteren bisher solidarisch einzustehen pflegten. In einer derartigen heißen Frage wird eine momentan besonders gefügige Stimmung des Bundesraths also vom Standpunkt des Fürsten Bismarck aus besonders erwünscht erscheinen. Den Bundesregierungen aber wird sie vielleicht insofern leichter, als in jedem andern ähnlichen Falle werden, als die Aufhebung der Freihafenstellung Hamburgs und Bremens einen integrierenden Theil desjenigen wirtschaftlichen Programms bildet, für dessen Durchführung der Kanzler vor zwei Jahren gewonnen wurde und für das er eine feste Majorität im Bundesrath gebildet hat. Bekanntlich waren vor einiger Zeit die Regierungen von Bremen und Hamburg bereits vertraulich aufgefordert worden, ihrerseits den Antrag, welcher nach der Verfassung zu ihrer Aufnahme in das Zollgebiet erforderlich ist, zu stellen; seit diese Mahnung abgelehnt worden, war man eines Pressionsversuchs von Seiten des Kanzlers gewärtig und als ein solcher, nicht als Selbstzweck, wird der gegenwärtig gestellte Antrag, Altona und einen kleinen Theil des hamburger Gebiets in die Zolllinie einzuschließen, betrachtet. Zuerst hatte man nur an die Aufnahme Altonas in den Zollverband gedacht, und die Schwierigkeit, welche diesem Gedanken insofern entgegensteht, als eine bewachbare Grenze zwischen Altona und Hamburg absolut nicht zu ziehen ist, machte die Rathgeber des Kanzlers für diese Angelegenheit einige Zeit stutzig. Wer dem auf den Gedanken gerathen ist, zu behaupten, die hamburger Vorstadt St. Pauli, d. h. der für die Freihafenstellung Hamburgs beinahe wichtigste Theil des Gebiets dieser Stadt, könnte ohne Zustimmung der hamburger Regierung in die Zolllinie einbezogen werden, obgleich für die Aufnahme des gesamten hamburger Gebiets der Antrag des Senats erforderlich wäre, ist bis jetzt nicht bekannt; soviel aber kann konstatiert werden, daß die Deduktion, durch welche dies nachgewiesen werden soll, allseitig als gezwungen und unhaltbar betrachtet wird. Für ihre Zurückweisung durch den Bundesrath beweist dies natürlich gar nichts; vielmehr sind auch solche Beurtheiler, welche der Konservirung der Freihafenstellung Hamburgs und Bremens mindestens unter den gegenwärtigen handelspolitischen Verhältnissen günstig gestimmt sind, der Meinung, daß der Kanzler in dieser Angelegenheit seinen Willen durchsetzen werde. Der letztere, so sagt man, gehe dahin, durch die Drohung mit der Einschließung der Vorstadt St. Pauli in die Zolllinie den hamburger Senat so weit zu bringen, daß derselbe mit der Reichsregierung für den Eintritt des gesamten hamburger Gebiets in den Zollverein einen Termin vereinbart, welcher nicht weiter hinausgesteckt würde, als daß bis dahin die für den internationalen Handel Hamburgs erforderlichen Vorbereitungen, also die Einrichtung großartiger zollfreier Niederlagen u. s. w., bewirkt werden können. Sobald der hamburger Senat sich zu einer derartigen Vereinbarung wohl oder übel herbeigelassen, würde der jetzt gestellte Antrag wieder zurückgezogen werden. — Da es dem Zentrum zur „Erhaltung der Freundschaft“ auf ein so „kleines Geschenk“, wie die Zustimmung zu der Zinsgarantie für das Samoa-Unternehmen nicht antommen würde, so läßt sich auch nach dem Verlauf der ersten Lesung etwas Bestimmtes über das Schicksal dieser Vorlage nicht sagen. Soviel aber ist sicher, daß die Aussichten auf Annahme zur Zeit erheblich geringer sind, als vor dem Beginn der Berathung. Namentlich die überaus schwache Vertretung des Regierungsentwurfs durch den Geheimen Legationsrath v. Rufferow hat gegenüber dem reichhaltigen Material, welches die Abgeordneten Bamberger und Meier (Schaumburg) vorbrachten, der Vorlage unverkennbar großen Schaden gethan. Am unzufriedensten mit Herrn v. Rufferow sind diejenigen Konserverativen und Nationalliberalen, welche aus Ergebenheit für den Kanzler auch dieser Vorlage zustimmen werden, aber naturgemäß den Wunsch hegen, daß ihnen einigermaßen stichhaltige Gründe dafür geliefert werden möchten. Die geradezu nichtsagende Phrase, mit welcher Herr v. Benda die Abstimmung dieses Theils des Reichstages im voraus motivirte, die Erklärung nämlich, daß er und seine Gesinnungsgenossen nicht die Verantwortung für die Ablehnung übernehmen könnten, ging, wie sich zeigt, aus einer förmlichen Hilfslosigkeit hervor, in welche die Unzulänglichkeit der von den Regierungsvertretern vorgebrachten Argumente die Anhänger der Vorlage quand même gebracht hatte.

Mittheilungen aus dem Protokoll der Handelskammer.

In der jüngst stattgehabten Sitzung der Handelskammer kam zur vorderst die Angelegenheit, betreffend die Neubildung einer Marktkommission hieselbst zur Erörterung. Vom Referenten wurden der Kammer die sämtlichen Materialien vorgelegt, darunter eine Neubildung der Handelskammer zu Breslau, aus welcher hervorgeht, daß die Marktkommission dort auf der Grundlage des Ministerialerlasses vom 3. September 1875 eingerichtet worden ist. Letztere besteht sonach aus drei Delegirten der Handelskammer und je drei vom Magistrat gewählten Repräsentanten der am Cerealien-Marktverkehr beteiligten landwirtschaftlichen Produzenten und Käufer. Die Kammer genehmigt den vom Referenten formulirten Antrag, den Magistrat zu ersuchen, nunmehr aufs Neue an zuständiger Stelle dahin vorstellig zu werden, daß eine Marktkommission im Sinne des vorerwähnten Reskripts un-

unter Berücksichtigung der in Breslau mit ministerieller Genehmigung getroffenen Einrichtungen baldigst hierorts instituiert und in Thätigkeit gesetzt werde.

Bezüglich der Ueberleitung der Güter vom Güterbahnhof der Posen-Creuzburger zu dem der Ostbahn hier selbst hatte die Kammer bei der königlichen Direktion der Ostbahn beantragt, dieselbe möge mit der Direktion der Posen-Creuzburger Bahn einen Bahnhofsverkehr in der Weise vereinbaren, wie er bereits zwischen den Güterbahnhöfen der Oberschlesischen und Posen-Creuzburger Bahn hier besteht. Die königliche Eisenbahn-Direktion zu Bromberg hat darauf erwidert, daß sie mit den beteiligten Verwaltungen über die betreffende Angelegenheit schon seit längerer Zeit verhandelt und dieselbe dem Antrage der Handelskammer entsprechend bald erledigen zu können hoffe.

Zur Berathung gelangten sodann zwei Vorlagen des deutschen Handelstages, nämlich der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Handelskammern und das Projekt einer Berliner Weltausstellung. Was den ersteren Gegenstand anlangt, so kann die Kammer einer Organisation der Handelskammern, wie sie der von der Kommission des Handelstages verfaßte Gesetzentwurf vorschlägt, so wohlgeordnet derselbe ist, nicht zustimmen, weil mit der bloßen Vertretung von Handelskammern über die gesamte Gebietsfläche des deutschen Reiches, ohne daß dabei die sehr große Ungleichartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse, Erwerbs- und Handelsinteressen, sowie der Einwohnerzahl berücksichtigt wird, abgesehen von der schweren Durchführbarkeit der Einrichtung, weder die beabsichtigte Gleichartigkeit in der Erfüllung der gestellten Aufgaben, noch eine irgend dem Gehalt und der Bedeutung nach homogene Wirksamkeit der Körperschaften herbeigeführt werden kann. Wichtiger aber noch erscheint es, Widerspruch gegen den Plan zu erheben, wonach über die einzelnen Handelskammern Provinzial-Handelskammern und über die letzteren ein Reichshandels- und Industrie-Rath gesetzt werden soll. Solche Einrichtungen können größtentheils nur auf Kosten der Einfachheit des Geschäftsangeschaffungen werden; sie müssen zu einem Formalismus führen, der die Thätigkeit der Vertretungskörperschaften lahm zu legen im Stande ist, werden dagegen den beabsichtigten Einfluß nach Außen nicht herzustellen vermögen.

Gegenüber dem Plan, für das Jahr 1885 in Berlin eine Weltausstellung zu veranstalten, schließt sich die Kammer dem Votum derjenigen Vertretungskörperschaften an, welche der Ansicht sind, daß im Allgemeinen Sachausstellungen für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens förderlicher und den generellen Weltausstellungen vorzuziehen sind.

Der von einem Mitgliede eingebrachte Antrag, wonach die Bahnverwaltungen ersucht werden sollen, gleich der hiesigen Güterexpedition der Oberschlesischen Bahn auf den Frachtwagen den Namen des Absehenders zu vermerken, wird angenommen.

Die königliche Direktion der Oberschlesischen Bahn wird die nächste ordentliche Konferenz mit den Vertretern der wirtschaftlichen Korporationen ihres Bahnbereichs am 8. Mai c. in Breslau abhalten. Auf die Tagesordnung derselben wird je u. A. die von der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen und dem Ausschusse der Verkehrsinteressenten vorgeschlagene Umgestaltung des Eisenbahnfrachttarifs setzen. Die Kammer delegirt zu dieser Konferenz Herrn Albrecht Guttman.

Die nächste Semestral-Eisenbahnkonferenz hier selbst soll statutenmäßig am 13. f. Mts. stattfinden. Die Kammer vertagt die Beschlussfassung über die Tagesordnung derselben.

In einem Zirkular vom 2. Februar 1880 hatten die Ältesten der Kaufmannschaft zu Berlin auf die Uebelstände aufmerksam gemacht, welche sich im Wollhandel dadurch herausstellten, daß es an richtigen Normen über die Verpackung der Wolle, insbesondere über die Berechnung des Transportgewichts fehlt. Der im Handel mit inländischen Wollen — beim Handel mit überseeischen Wollen wird die Verpackung nach ihrem wirklichen Gewicht berechnet — seit alter Zeit eingebürgerte Gebrauch, die Tara nach einem Prozentsatze in Rechnung zu ziehen, war, wie das berliner Zirkular ausführt, so lange erträglich, als die Verpackung der Wolle ungefähr dem Satze von 4% des Gewichts entsprach. Es haben sich aber hierbei mit der Zeit Unregelmäßigkeiten herausgebildet, welche die Geschäftskalkulation erschweren. Auf den Vorschlag der Ältesten der berliner Kaufmannschaft, in einer Konferenz der hauptsächlichsten Wollverehrsplätze über Mittel und Wege zwecks Beilegung der hervorgehobenen Uebelstände zu verhandeln, wobei noch bemerkt wurde, daß die Einberufung der Konferenz in Bälde geschehen müsse, damit die von derselben zu fassenden Beschlüsse bei den bevorstehenden Frühjahrswoollmärkten schon zur Ausführung gebracht werden könnten, war die Handelskammer eingegangen und hatte für diese Konferenz Herrn Stadtrath Annus delegirt, zugleich aber beschlossen, die diesseitigen Interessenten zur Besichtigung der Konferenz durch einen zweiten Vertreter aufzufordern. Inzwischen ist von den Ältesten der berliner Kaufmannschaft mitgetheilt worden, daß sie die Anberaumung der beabsichtigten Konferenz vorläufig vertagen zu müssen glauben, da nach ihrer seitdem gewonnenen Ueberzeugung die Ansichten über die Art und Weise, wie die Abhilfe nach der bezeichneten Richtung hin zu schaffen sei, sich noch nicht so hinreichend geklärt haben, um bereits jetzt von einer Delegirten-Konferenz eine autoritative Entscheidung erwarten zu können, außerdem aber von einzelnen Plätzen die Betheiligung an der Konferenz abgelehnt worden sei. Die Kammer beschließt, unter diesen Verhältnissen vor der Hand bei den Ältesten der berliner Kaufmannschaft anzusprechen, ob und welche Schritte sie von sich aus in der betreffenden Angelegenheit zu thun gedenken.

Die von der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen im Verein mit dem Ausschusse der Verkehrsinteressenten im November vorigen und Februar d. J. gefaßten Beschlüsse suchen die Kompensation für den Ausfall, welcher den Bahnen durch die Einführung einer ermäßigten Stückgutklasse erwächst, vornehmlich in der Erhöhung des Spezialtarifs I, sowie in einem Frachtaufschlag auf diejenigen Güter, welche heutzutage in der Wagenladungsklasse B befördert zu werden pflegen. Die Materialien zur Beurtheilung der Frage, welchen Einfluß diese Tarifänderungen auf den Eisenbahnverkehr unserer Stadt und Provinz ausüben müssen, werden der Kammer vorgelegt. Die Verkehrscommission wird motivirten schriftlichen Bericht über die zu fassenden Beschlüsse abfassen.

Zum Schluß werden Kassenangelegenheiten der Kammer erledigt und verschiedene Eingänge zur Kenntniß gebracht.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 24. April. Der Bundesrath trat am 23. d. Mts. unter dem Vorsitze des Staatsministers Hofmann zu einer Plenarsitzung zusammen, in welcher a) der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1879/80, b) der Entwurf einer Novelle zu dem Gesetz vom 13. Februar 1875 über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, c) der Entwurf einer Verordnung über die Tagelöhner, Fuhrkosten und Umzugskosten der Beamten der Militär- u. Marineverwaltung, d) der Entwurf einer Anweisung betreffend den zum Zwecke der Einziehung von Gerichtskosten unter den Bundesstaaten zu leistenden Beitrag, den Anträgen der berichtenden Ausschüsse entsprechend, zur Annahme gelangten. Eine am 22. dieses Monats zu Berlin abgeschlossene Uebereinkunft mit Belgien, kraft deren der Handelsvertrag vom 22. Mai 1865 bis zum 30. Juni 1881 mit der Maßgabe in Wirksamkeit bleiben soll, daß diese Verlängerung sich nicht auf die bereits außer Kraft gesetzten Bestimmungen in den Artikeln 7 und 8 des Vertrages erstreckt, sowie ein am 12. Februar d. J. zu Montevideo unterzeichneter Auslieferungs-Vertrag zwischen Deutschland und Uruguay, erhielten ebenfalls die Zustimmung der Versammlung. Weiter kamen verschiedene, auf Elsaß-Lothringen bezügliche Vorlagen

zur Erledigung. Auf Grund der allgemeinen Rechnung über den Landeshaushalt für 1875 wurde die Entlastung und bezüglich der in der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung für die Rechnungsperiode vom 1. Januar 1878 bis 31. März 1879 zusammengefaßten Etatsübersichtungen und außeretatsmäßigen Ausgaben, vorbehaltlich der bei der Rechnungsrevision sich etwa ergebenden Erinnerungen, die Genehmigung ausgesprochen. Sodann erhielten die Gesetz-Entwürfe über die Zwangs-Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen, sowie über das Forststrafrecht und das Forststrafverfahren, wie solche sich nach den Beschlüssen des Landesauschusses gestaltet haben, die Zustimmung. Auf den Bericht der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen wurde ferner beschlossen, den großherzoglich mecklenburgischen Nebenjollantern I. zu Wismar und Warnemünde die Befugnis zur Abfertigung von Waaren der Nr. 22 e und f des Zolltarifs zu anderen als den höchsten Zollsätzen zu ertheilen. Mehreren auf Zollangelegenheiten bezüglichen Eingaben war eine Folge nicht zu geben. Dieselben betrafen die Tarification von Zigarrenfabrikanten, von Kindermilchpulver und die Erhöhung des Zolls für Palmöl. Schließlich wurden, nach Ernennung von Kommissarien zur Vertretung von Vorlagen im Reichstage, die neuerdings eingegangenen Positionen vorgelegt und über deren geschäftliche Behandlung Bestimmungen getroffen.

Berlin, 25. April. S. M. gedeckte Korvette „Bismarck“, 16 Geschütze, Kommandant Kapitän zur See Deinhard, hat telegraphischer Nachricht zufolge am 24. d. Mts. Ausland auf der Reise nach Valparaiso verlassen.

Breslau, 25. April. Der „Breslauer Zeitung“ zufolge explodirte gestern auf der Königsgrube in Königshütte ein Dampfrohr, wobei 6 Personen getödtet und 7 andere verwundet wurden. — Die Beschlussfassung des Verwaltungsraths der Oberschlesischen Bahn in der Dividenden-Angelegenheit ist, weil der Präsident desselben inzwischen nach Berlin berufen wurde, bis morgen Vormittag vertagt worden.

Strasburg i. G., 24. April. Die „Elsaß-Lothringische Zeitung“ meldet: Sicherem Vernehmen zufolge hat Se. Majestät der Kaiser den Bezirkspräsidenten Ledderhose zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen, den Bürgermeisterei-Verwalter Bad zum Bezirkspräsidenten für Unter-Elsaß und den Ministerialrath Timme zum Bezirkspräsidenten für Ober-Elsaß ernannt.

Stockholm, 25. April. Die „Bega“ ist gestern Abend 10 1/2 Uhr, von nahe an 200 Dampfern, die ihr entgegengefahren waren, geleitet, hier eingetroffen. Die Küsten waren meilenweit beleuchtet, die Stadt auf das Glänzendste illuminiert. In der Nähe der Landungsbrücke, welche zum königlichen Schlosse führt, war eine Estrade gebaut, bei welcher die städtischen Behörden die Mitglieder der Expedition willkommen hießen. Im königlichen Schlosse wurden die Mitglieder vom König begrüßt. Prof. Nordenskiöld begab sich darauf zu Wagen, von der massenhaft versammelten Bevölkerung überall mit jubelnden Zurufen begrüßt, durch die glänzend erleuchteten Straßen nach seiner Wohnung in der Akademie der Wissenschaften.

Stockholm, 24. April. Der König hat den Professor Nordenskiöld in den Freiherrenstand, Palander und Oskar Dickson in den Adelsstand erhoben; Oskar Dickson wurde außerdem das Großkreuz des Nordsternordens, und Sibiriaff das Kommandeurkreuz desselben Ordens verliehen. — Die „Bega“ wird heute Abend 9 1/2 Uhr hier eintreffen; zum Empfange derselben sind viele tausend Fremde hier anwesend.

Wien, 24. April. Der „Polit. Korresp.“ wird von authentischer Seite mitgetheilt, daß die österreichische Regierung mit der Verwaltung der Kaiserin Elisabeth-Westbahn keine Verhandlungen wegen einer Verstaatlichung dieser Bahn eingeleitet habe. Solche Verhandlungen seien von dem Handelsminister auch nicht in Aussicht genommen.

Ragusa, 24. April. Von montenegrinischer Seite wird behauptet, daß die albanesischen Bergstämme schon am 21. und 22. d. im Einvernehmen mit den türkischen Kommandanten alle von den türkischen Truppen zu räumenden Positionen übernommen hätten. Osman Pascha sei nach Niederbrennung des Barackenlagers von Tusi nach Hum abmarschirt und habe Hoda Bey in Tusi als Chef der Bewegung zurückgelassen.

Bukarest, 24. April. [Deputirtenkammer.] In Beantwortung einer Anfrage wegen der Gerüchte über angebliche Aenderungen im Kabinet erklärte der Ministerpräsident Bratiano, daß zwei oder drei Minister wegen ihrer Privatangelegenheiten ihre Demission geben wollten. Dies werde jedoch die politische Färbung des Kabinetts nicht ändern. Der Deputirte Flea erklärte, daß die Antwort des Ministerpräsidenten ihn nicht vollständig befriedige. Er erinnere daran, daß das gegenwärtige sogenannte Fusionsministerium unter anormalen Verhältnissen entstanden sei. Jetzt, wo der Gang der Geschäfte wieder ein regelmäßiger geworden sei, müsse sich die Regierung ganz besonders mit den inneren Interessen des Landes beschäftigen; dies sei aber schwierig, wenn die Regierung ferner aus Politikern bestehe, die verschiedenen Prinzipien huldigten. Der Ministerpräsident antwortete darauf, daß die Minister die Portefeuilles nicht übernommen haben würden, wenn sie nicht die Anschauung der Majorität getheilt hätten. Der Deputirte des Auswärtigen, Boerescu, erklärte, er habe stets in liberalem Sinne gehandelt. Wenn die Kammer glaube, daß das Ministerium nicht mehr bestehen könne, so werde er als der Erste seine Demission geben. Der Deputirte Flea beantragte hiernach die Annahme einer Motion, durch welche der Ministerpräsident Bratiano aufgefordert wird, das Ministerium des Innern zu übernehmen. Nachdem der Präsident der Kammer erklärt hatte, die Motion an die Sektionen verweisen zu wollen, wurde dieselbe von Flea wieder zurückgezogen. Eine weitere Debatte wurde von der Majorität des Hauses abgelehnt. Schließlich wurde von dem Justizminister eine Botschaft des Fürsten verlesen, durch welche der Schluß der außerordentlichen Session der Kammer ausgesprochen wird. — Während der Debatte über die von Flea beantragte Motion war der Minister des Innern nicht zugegen.

Bukarest, 25. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten wurden gestern in Focsani über 300 Häuser durch eine Feuersbrunst in Asche gelegt. Die Regierung hat einen Aufruf zur Unterstützung der Beschädigten erlassen.

Konstantinopel, 24. April. Die Pforte hat eine Note an die europäischen Mächte gerichtet, in welcher sie den Zusammentritt der europäischen Kommission für Ostrumelien verlangt, um die von der Pforte gemäß Artikel 23 des Berliner Vertrages für die europäischen Provinzen der Türkei ausgearbeiteten Reformentwürfe zu prüfen.

Monaco, 25. April. In dem großen Saale des Kasino fand gestern Abend die Explosion einer mit Dynamit und Pulver gefüllten Patrone statt, welche in verbrecherischer Absicht unter die Pendeluhr gelegt worden war. Die angerichteten Beschädigungen sind sehr zahlreich, mehrere Personen sind leicht verwundet worden. Das Verbrechen scheint in der Absicht begangen worden zu sein, die durch die Explosion angerichtete Verwirrung zu Diebstählen zu benutzen; in Folge der Achtsamkeit des Dienstpersonals ist jedoch kein Diebstahl zur Ausführung gelangt.

Madrid, 24. April. Der Antrag, auf ausländische Spirituwaren einen Zoll von 60 Pesetas per Hektoliter zu erheben, ist von der Deputirtenkammer zur Ermüdung angenommen worden.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 24. April. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,465. Pariser do. 81,00. Wiener do. 170,50. R.-M. St.-A. 146 1/2. Rheinische do. 188 1/2. Hess. Ludwigsb. 97 1/2. R.-M.-Pr.-Anth. 132 1/2. Reichsanl. 100. Reichsbank 152 1/2. Darmst. 143 1/2. Meiningen B. 94. Ost.-ung. Bf. 712,00. Kreditaktien*) 235 1/2. Silberrente 62 1/2. Papierrente 61 1/2. Goldrente 75 1/2. Ung. Goldrente 89 1/2. 1860er Loose 123 1/2. 1864er Loose 312,50. Ung. Staatsl. 210,50. do. Ost.-Dbl. 11. 83 1/2. Böhm. Westbahn 190 1/2. Elisabethb. 161. Nordwestb. 133 1/2. Galizier 223 1/2. Franzosen*) 235 1/2. Lombarden*) 69 1/2. Italiener 83 1/2. 1877er Russen 90 1/2. II. Orientanl. 60. Central-Pacific 110. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse Kreditaktien 233 1/2, Franzosen 235, Galizier 223, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Centralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 24. April. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 233 1/2, Franzosen 234 1/2, Lombarden —, 1860er Loose —, Galizier 222 1/2, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Goldrente —, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Russen —, Meiningen Bank —, Fest.

Wien, 24. April. (Schluß-Course.) Fest. Hofale Banken lebhaft gefragt, Bahnen, Renten und Montanpapiere vernachlässigt. Papierrente 72,85. Silberrente 73,40. Oesterr. Goldrente 88,60. Ungarische Goldrente 105,15. 1854er Loose 123,50. 1860er Loose 130,25. 1864er Loose 173,00. Kreditloose 177,50. Ungar. Prämienl. 112,40. Kreditaktien 277,30. Franzosen 276,75. Lombarden 83,00. Galizier 262,25. Kasch.-Oderb. 126,50. Pardubitzer —, Nordwestb. 161,70. Elisabethbahn 188,50. Nordbahn 240,90. Oesterr.-ungar. Bank —, Türk. Loose —, Unionbank 109,70. Anglo-Austr. 149,50. Wiener Bankverein 137,20. Ungar. Kredit 265,50. Deutsche Plätze 58,05. Londoner Wechsel 119,10. Pariser do. 47,20. Amsterdamer do. 98,50. Napoleons 9,48. Dukaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,70. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Gernowits 170,00.

Wien, 24. April. Abendbörse. Kreditaktien 274,00, Franzosen 276,50, Galizier 261,75, Anglo-Austr. 147,00, Lombarden 82,60, Papierrente 72,62 1/2, österr. Goldrente 88,45, ungar. Goldrente 104,87 1/2, Marknoten 58,80, Napoleons 9,49, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Matt.

Paris, 24. April. (Schluß-Course.) Träge. 3proz. amortis. Rente 85,07 1/2, 5proz. Rente 83,50, Anleihe de 1872 118,95, Ital. 5proz. Rente 84,15, Oesterr. Goldrente 75,00, Ung. Goldrente 90 1/2, Russen de 1877 92 1/2, Franzosen 586,25, Lombardische Eisenbahn-Aktien 185,00, Lombard. Prioritäten 271,00, Türken de 1865 10,60, 5proz. rumänische Anleihe 74,60. Credit mobilier 690, Spanier ext. 17 1/2, do. inter. 15 1/2, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 535, Societe generale 558, Credit foncier 1182, Egypter 311, Banque de Paris 980, Banque d'escompte 795, Banque hypothecaire 627, III. Orientanleihe 61 1/2, Türkenloose —, Londoner Wechsel 25,28 1/2.

Brüssel, 23. April. Oesterr. Papierrente 62,75.

Petersburg, 24. April. Wechsel auf London 25 1/2, II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe 90 1/2.

Florenz, 24. April. 5 pSt. Italiensche Rente 92,07, Gold 21,90.

London, 23. April. Consols 99 1/2, Italien. 5proz. Rente 83 1/2, Lombarden 7 1/2, 3proz. Lombarden alte 10 1/2, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 86 1/2, 5proz. Russen de 1872 86 1/2, 5proz. Russen de 1873 88 1/2, 5proz. Türken de 1865 10 1/2, 5proz. fundirte Amerikaner 104 1/2, Oesterr. Silberrente 62, do. Papierrente 62, Ungar. Goldrente 89 1/2, Oesterr. Goldrente 73 1/2, Spanier 17 1/2, Egypter —, Preuss. 4proz. Consols 98 1/2, 4proz. bair. Anleihe 98 1/2. Plazdiskont 2 1/2 pSt.

Newyork, 24. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 1/2. Wechsel auf Paris 5,19 1/2. 5pSt. fundirte Anleihe 103 1/2, 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 107, Erie-Bahn 43 1/2, Central-Pacific 112 1/2, Newyork Centralbahn 131 1/2.

Rio de Janeiro, 23. April. Wechselcourse auf London 20, do. auf Paris 476. Tendenz des Kaffeemarktes: Fest. Preis für good first 5900 a 6050. Durchschnittliche Tageszufuhr 6750 Sack. Ausfuhr nach Nordamerika 34.000 Sack, do. nach dem Kanal und Nord-Europa 22.000 Sack, do. nach dem Mittelmeere — Sack. Vorrath von Kaffee in Rio 120.000 Sack.

Produkten-Course.

Bremen, 24. April. Petroleum unverändert. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,15 a 7,20, per Mai —, per Juni —, pr. August-Dezember 7,85 bes.

Hamburg, 24. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unv., auf Termine fest, Weizen per April-Mai 209 Br., 208 Gd., per September-Oktober 201 Br., 199 Gd., Roggen per April-Mai 159 Br., 158 Gd., per September-Oktober 147 Br., 145 Gd., Hafer unverändert, Gerste fest. Rübsöl fest, loco 54, per Mai 54 1/2. Spiritus ruhig, per April 51 1/2 Br., per Mai-Juni 51 Br., per Juli-August 51 1/2 Br., per August-Dezember 51 1/2 Br. — Kaffee ruhig, Unias 3000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 7,20 Br., 7,10 Gd., per April 7,10 Gd., per August-Dezember 7,90 Gd. — Wetter: Regen.

Amsterdam, 24. April. (Schlußbericht.) Weizen pr. November 284. Roggen pr. Mai 198, pr. Oktbr. 180.

Antwerpen, 24. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, Roggen unverändert. Gerste still. Hafer behauptet.

Paris, 24. April. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. April 51,30, pr. Mai-Juni 29,00, pr. Juli-August 27,60, pr. Sept.-Dezember 26,50. — Wehl ruhig, pr. April 64,00, pr. Mai-Juni 63,75, pr. Juli-August 59,75, Rübsöl fest, per April 77,75, per Mai 78,75, pr. Mai-August —, pr. September-Dezember 81,00. Spiritus fest, per April 74,50, per Mai 70,25, per Mai-August 67,75, per September-Dezember 62,00.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Köstel) in Bozen.